

Zeitung WAND

Die Zeitung von unten!

März 1985 23

Kölner

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber
SSK e.V. Liebigstr.25,5 Köln30
Druck: Betrieb
Merkenicher Str.99, 5 Köln60

Verantwortlich:
K.Kaecke,
K.Breidenbach

Treibjagd auf Kranken-schwester

LVR-Psychiatrie Düren

Daß in Düren's LKH's Menschen an Leib und Seele zerrüttet werden, das wird mehr und mehr in der Öffentlichkeit bekannt. Sogar das OLG Köln hat dem SSK erlaubt - bestimmt nicht gerne - zu behaupten, daß in allen LKH's des LVR Menschen wie Vieh gehalten werden und daß diese Menschenschinderei System hat.

Die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse der Patienten entsprechen den unmenschlichen Pflichten und Arbeitsbedingungen, die dem Personal abverlangt werden. Auch das hat das OLG festgestellt. Der Arzt, die Krankenschwester, der Pfleger, die das stumpfe und sinnlose Leiden des „Krankenguts“ nicht stumpfsinnig und kalt hinnehmen könne, die leben gefährlich. Wer aus der Kumpanei der seelenlosen Pflgetechniker ausbricht, der wird fertiggemacht.

Anfang 74 ging der Dürener Klinikchef Koester Beschwerden wegen Überdosierung auf einer Männerstation nach. Er fand die Patienten so vollgepumpt vor, daß er einen von ihnen, Karl S., wegen seines „lebensbedrohlichen Zustandes“ auf die Intensivstation bringen lassen mußte. Der Vergifter war Dr. Thewald, später des Totschlags an der 20jährigen Marion Masuhr überführt. Koester verlangte vom

LVR, daß der gemeingefährliche Thewald fristlos gefeuert wird. Aber nichts dergleichen geschah. Erst nach wütenden Protesten Koesters griff die Zentrale in Köln ein: Thewald wurde versetzt und gleichzeitig zum stellvertretenden Klinikleiter befördert. In Brauweiler wurde er zum zweiten Mann nach dem psychisch kranken Alkoholiker Stockhausen. Die Gefahr war bekannt, doch auch Koester hielt die Schnauze und die Patienten verreckten.

Im Zusammenhang mit dem Brauweilerverfahren war 1981 eine Sonderkommission der Staatsanwaltschaft Aachen mit Ermittlungen im LKH Düren beauftragt worden. In einer Pressekonferenz vom 2.7.1981 erklärte die Aachener Staatsanwaltschaft, man sei im Rahmen der Ermittlungen auf immer weitere Straftatbestände gestoßen, u.a. seien 3 Verfahren wegen Meineid, weitere wegen Falschaussage vor Gericht und wegen versuchter Strafreitelung. Die Staatsanwaltschaft sprach von einer Mauer der Kumpanei

Nestbeschmutzer werden in dieser geschlossenen Gesellschaft erbarmungslos verfolgt. Das ist ein wesentlicher Grund für die Rechtlosigkeit der Patienten. Wer mißhandelt wird, steht einer Schweigemauer des Personals gegenüber. Da wird gedeckt, vertuscht und gelogen. Bei der „Aufsicht“ im LVR ist es geradézu die Regel, Skandale unter den Teppich zu kehren.

Jetzt aber kann man in Düren erleben, daß diese Psychiatrie nicht nur ihre Straftäter deckt, sondern auch unbequeme Mitarbeiter verfolgt, in die Enge treibt und mit allen Mitteln auf teuflische Art zu erledigen versucht. Sie tritt auf wie eine Gangsterbande, wenn einer „gesungen“ hat.

Der „Fall“:

„Gesungen“ hat die Krankenschwester X. Sie ist Zeuge, als am 20.7.1983 die 70jährige Patientin Z. von der Stationschwester Ingrid-Sistig (Station IIIa) grundlos 6 bis 7 mal ins Gesicht geschlagen wurde. Die Schläge waren so heftig, daß auf dem Gesicht der alten Frau die Finger abgemalt waren. Zeugen waren auch die Schwestern Latour und Philipps. Die geprügelte Frau mußte „ruhiggestellt“ werden.

Von jetzt an haben wir nicht mehr mit einer deutschen Behörde namens Landschaftsverband aus dem Rheinland zu tun, sondern eher mit einem Gangstersyndikat aus Chicago. Und das geht so:

TOTSCHWEIGEN

In ihrer Not erzählte die alte Frau überall von der Mißhandlung, auch dem Stationsarzt Gurissen und der Arbeitstherapeutin Busch. Aber keiner tat was, alle hielten die Schnauze.

Die geprügelte Frau hatte es aber auch ihrer Tochter erzählt. Die fragt nach und Schwester X. brach das Schweigen. Die Tochter holt den SSK zu Hilfe. Zwei Beschwerdezentrumsmitglieder gehen der Sache nach, u.a. durch einen Besuch auf der Station IIIa, wo ihnen der „Vorfall“ bestätigt wird.

ALARMSTUFE 1

Die Besucher wurden überprüft. Als man feststellte, daß es sich um SSK-Mitglieder handelte, griff man zu gewissen „Vorsichtsmaßnahmen“. Oberarzt Dr. Knauer und Pflegedienstleiter Blumenthal knöpften sich einen Zeugen nach dem andern vor. Keiner hat was gesehen, soweit alles O.K.

BEWEISE BESEITIGEN

Schwester X. aber spielt nicht mit. Sie gibt zu erkennen, daß sie vor Gericht die Wahrheit sagen würde. Zunächst wurde das Opfer für schwer geistesgestört erklärt, die alte Frau sei nicht mehr aussagefähig. Die Hauptzeugin war ausgeschaltet. In die von Knauer und Blumenthal gefertigten „Gesprächsprotokollen“ wurden kleine Widersprüche eingebaut, um die Glaubwürdigkeit der Schwestern zu untergraben. Es bleiben noch die unberechenbaren SSK-Leute. Diese wurden lahmgelegt, indem man der Tochter Vorhaltungen macht und ihr Verleumdungen über den SSK zu trägt und ihr wegen dessen unehrlichen Absicht Angst macht. Sie bricht daraufhin den Kontakt auch ab.

TREIBJAGD

Die Tochter zeigte aber nicht die erwartete Wirkung. Im Interesse ihrer Mutter gab sie sich nicht mit diesen internen „Ermittlungen“ zufrieden. Sie tat das, was alle von Anfang an hätten tun müssen: sie schaltete die Staatsanwaltschaft ein. Zurück konnte also keiner mehr. Alle hingen zu tief drin. Sie ließen sich keine andere Wahl, als gegen das einzig verbliebene Risiko vorzugehen, und das war Schwester X. So lange sie nicht umkippte, war keiner sicher.

Im November 83 war Schwester X. bereits auf eine andere Station versetzt worden, auf eine besonders schwere Abteilung, die 2e Männer. Gerüchte wurden ausgestreut: Schwester X. führe anzügliche Gespräche mit den Patienten, es gab schwüle Andeutungen, nicht näher bezeichnete sexuelle Kontakte. Die Würde der Schwester X. wurde auf eine Weise in den Schmutz getreten, als wären die allermeisten und besoffensten Dreckschleudern am Werk gewesen.

Der Verwaltungsleiter Guthoff (Jurist) versuchte sich als Psychiater: Er schrieb ans Gericht, Schwester X. sei depressiv und stellte es in den Raum, daß sie „paranoid“ sei. Es war zu erwarten, daß Schwester X. unter diesem Druck zusammenbrach - gemieden von den anderen, als unmoralisch abgestempelt und mit dem unheimlichen Ruch „der Geisteskrankheit“ behaftet. In solcher Verfassung wäre auch der stabilste Mensch vor Gericht ein ganz schlechter Zeuge.

DER PROZESS

Die Staatsanwaltschaft Aachen hatte zwar zuerst einen Strafbefehl für die Schlägerin beantragt. Richter Courth vom Amtsgericht Düren lehnte den Strafantrag jedoch ab und erklärte die Aussage von Schwester X. in der Verhandlung für „unwahr“. Er bescheinigte ihr merkwürdiges Verhalten, es beständen „erhebliche Bedenken hinsichtlich der Person“ der Zeugin. Die Zeugin habe „Neid-möglicherweise sogar Haßgefühle gegenüber der Angeklagten.“ Wie man es in den Wald hineingerufen hatte, so schallt es heraus: Die Schlägerin wurde freigesprochen.

DIE QUITTUNG

Im November 84 wurde Schwester X. zum Gesundheitsamt vorgeladen. Sie sollte von Amts wegen auf ihren Geisteszustand untersucht werden. Es kam aber kein „verwertbares“ Gutachten zustande. Am 10.12.1984 schlägt Landesrat Nieser (Personalabteilung) aus der Zentralverwaltung zu: Er „besorgt“ sich die Staatsanwaltschafts-akten und benutzt diese, das Gerichtsurteil und die Dürener Gerüchte, um die fristlose Kündigung der Schwester durchzusetzen, da die „Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum Ende der 6-monatigen Kündigungsfrist nicht zumutbar sei“.

Damit wäre die 58jährige Frau, schwerbehindert und mit besten Zeugnissen aus einem langen Arbeitsleben restlos zerstört und zerrüttet. Weil der SSK zum zweiten mal auftauchte, kam der Rauschschuß nicht zustande: Die hochqualifizierte Krankenschwester darf nun in der Nähstube arbeiten.

Am Donnerstag, 7.März jedoch sprach das Amtsgericht Düren Schwester X frei, die angeklagt war wegen Falschaussage.

Schafft endlich den Landschaftsverband Rheinland dahin, wo er hingehört:

CHICAGO

Petra Offergeld, Kathi Kaecke, Mitglieder im SSK Salierring

Die Halb- und Unwahrheiten der Verwaltungs-Manager der Stadt und LEG

Wie schon mehrfach berichtet, wurden die Häuser Zugasse 43-45 und Zwirnerstraße 12 am 19.Jan besetzt. Nun behaupten die Verwaltungsmanager doch, der SSK hätte den Wohnraum für eigene Zwecke besetzt. Anscheinend sind die „Herrschaften“ begriffsstutzig oder können nicht lesen. Oder aber sie versuchen in altbewährter Methode, Bevölkerung und Ratsfraktionen hinter Licht zu führen und zu verunsichern.

—Vom Abriß der Häuser wird nun auf einmal behauptet, könne frühestens in drei Jahren die Rede sein.

—Man benötige diese „dringend“ als sogenannte „Sanierungshotels“ (Zwischenunterkünfte für Bewohner von Modernisierungsobjekten der LEG).

Aber - und das verschweigen sie geschickt - sieht in Wirklichkeit alles etwas anders aus!!!

- Der SSK hat den „verrotteten“ Wohnraum niemals für eigene Zwecke besetzt, sondern für die SHS-Mitglieder (Selbsthilfe gegen Wohnungsnot im Severinsviertel).

- Gleichzeitig verschweigen sie, daß dieses Modell nicht nur auf die drei Häuser angewendet werden soll, sondern auf das gesamte Sanierungsgebiet.

— Daß sie das Konzept der SHS nicht zur Debatte stellen, ist auch verständlich. Die Verwaltungsmanager müßten dann ja zugeben, daß sie nichts gleichwertiges entgegen zu halten haben: keine noch billigeren Mieten als 4,50 pro qm — keine Bildung von „Ghettos“ — keine Lösung für die Schlafstellenbewohner in der Elsaßstraße — keine Lösung für die Obdachlosen in der Zugasse — keine Verwirklichung des obersten Sanierungsziels: „Erhaltung des niedrig möglichen Mietzinses und vernünftige Sozialstruktur innerhalb des Sanierungsgebietes“.

- Bis zur Besetzung der drei Häuser war weder bei der Stadtverwaltung noch bei der LEG die Rede davon, die Häuser wieder instand zu setzen und als Sanierungshotels zu nutzen. Sonst hätte man sie nicht so herunterkommen lassen.

Plötzlich wird dieser Wohnraum dringend benötigt.

Wie blind müssen unsere Stadtplaner doch sein, wenn sie nicht sehen, wieviel leerstehender Wohnraum allein im Block 5, 6 und 7 für ihr Rotationsverfahren zur Verfügung steht. Man müßte endlich mal was tun und keinen Wohnraum mehr verrotten lassen. Merkwürdig ist allerdings, daß beantragte Gelder für diese Maßnahme bisher abgelehnt wurden und ausgerechnet jetzt für die besetzten Häuser zur Verfügung stehen sollen.

Fehlen den Planern etwa die Gelder???

Anscheinend haben sie noch zuviel davon, sonst könnten sie sich diesen Sanierungswitz in den besetzten Häusern gar nicht leisten. Auch hier rückt die Verwaltung nur mit Halbwahrheiten heraus. Unseren Schätzungen zufolge kostet dieser Gag:

Instandsetzung der Häuser durch Bau-firmen	450.000 DM
Abrißkosten nach 3 Jahren	200.000 DM
Ständige Umzugs- und Renovierungskosten	50.000 DM

Macht ohne Neubebauung allein 700.000 DM für „NICHTS!“

Wir von der SHS und namhafte Architekten meinen, daß durch unser Konzept die Häuser nicht abgerissen werden müssen und sich die Modernisierung alleine mit den veranschlagten Abrißkosten durchführen läßt, wenn die Mietergemeinschaft in Selbsthilfe modernisiert in Anleitung o.g. Architekten.

Für 29 Familien plant die LEG 1985 Wohnungen zu modernisieren!!!

Nur vergißt man dabei zu erwähnen, daß ein Haus schon seit Monaten mit defekten Fenstern leersteht und der größte Teil der Familien überhaupt noch nicht weiß, was mit ihnen geschehen soll. Offensichtlich ist den „Heren am grünen Tisch“ schießbegal, was diese Hin- und Herschiebepolitik für die Betroffenen bedeutet: - ständiger Umzugsstreß - ständiges Umgewöhnen an das Umfeld. Besonders betroffen sind hier Kinder und Alte. Mit den Schierigkeiten der Familien brauchen sich die Planerpropheten ja nicht auseinandersetzen. Mit Sozialpolitik hat dies nichts mehr zu tun. Hauptsache für die Verwaltungsmanager ist, daß man ihnen nicht ihre scheinheilige Maske vom Gesicht reißt. Kostet es, was es wolle. Und sei es die Gesundheit der Betroffenen. Die Pulheimer Können ein Lied davon singen, auch hier hatte die LEG ihre Finger im Spiel. Und auf dem Böcking-Gelände in Mülheim war es den Planern auch bekannt, wie hochgradig die Vergiftung dort ist. Mit welcher Verwerflichkeit die Heren ans Werk gehen, sieht man immer wieder.

Schluß mit der Augenwischerei im Sanierungsgebiet!!!

— Wir fordern hiermit alle Ratsfraktionen auf, sich öffentlich mit dem Konzept der SHD auseinanderzusetzen.
— Die Verwaltung zu beauftragen, alle Zahlen und Fakten offenzulegen und Verhandlungen mit der SHS über die Verwirklichung des Konzepts zu führen.
— Die Sanierungssatzung aufzuheben, da sich die Sanierungsziele in der jetzt praktizierten Form nicht verwirklichen lassen.

Wenn Sie mit unseren Forderungen einverstanden sind, dann rufen Sie an:

SPD-Fraktionsvorsitzender	2216480
CDU-Fraktionsvorsitzender	2216605
Grüne-Fraktionsvorsitzender	2214221
Chef der LEG Niederhaus	319019
Oberstadtdirektor Rossa	2212052
Amtsleiter Pankoke	2214078
Kohlenbach	2213651

Martina Eber, Mitglied im SHS, Zugasse 43

- **Mieter- und Rechts-Beratung**
SSK-Saliering 39, Tel. 21 31 75, Mo ab 20 Uhr
SSK-Mülheim, Düsseldorfer Str. 74, Tel. 62 50 52
Do ab 20.30 Uhr
SSK-Ehrenfeld, im KALZ, Phillipstr. 23, Tel. 55 61 89
Di ab 20 Uhr
- **Beschwerdezentrum**
SSK-Ehrenfeld, Libigstr. 25, Tel. 55 61 89
täglich 9-22 Uhr, Sa und So 9-20 Uhr
Treffen Di 20.30 Uhr
- **Ambulanz im SSK**
Saliering 39, Tel. 21 31 75
Mo, Di, Do, Fr ab 19 Uhr, Zahnarzt Mi ab 19 Uhr



Neues vom Böcking:

So lügen sie

'Auf dem BÖCKING-Gelände ist alles in Ordnung. Es gibt kein Gift. Phenol ist überhaupt nicht vorhanden, Schwermetalle sind so wenig, daß man sie nicht messen kann.' Das erklärt Amtsleiter Pankoke jedem, der es hören will und: 'deshalb werden wir weiterbauen!'. Und die SPD-Politiker klatschen ihrem Parteifreund lauthals Beifall. Alles, was der SSK und die Grünen behauptet haben, ist Panikmache! Die Wahrheit ist: Auf dem BÖCKING-Gelände werden seit Dezember immer wieder an verschiedenen Stellen hochgiftige Stoffe gefunden, und die Verwaltung kennt sie. Genauso wie die maßgeblichen Politiker. Das hochgiftige Phenol wurde z.B. stellenweise in so hohen Konzentrationen gefunden, daß man es schon fast wieder verkaufen könnte. Auch das krebserregende PCB, das unter bestimmten Bedingungen das SEVESO-Gift Dioxin freisetzt, wurde gefunden, und natürlich Blei, Zink und Cadmium jede Menge.

So vertuschen sie

Amtsleiter Pankoke sorgte dafür, daß dem bekannten Gutachter Schmitz, der weiteres Gift gefunden hatte, gerade noch rechtzeitig der Auftrag entzogen wurde. Pankoke gab den Auftrag dem TÜV, von dem jeder weiß, daß ein Zwanzigmarschein im KFZ-Schein bei der technischen Untersuchung oft Wunder wirkt. Und der TÜV enttäuschte seine Auftraggeber nicht: er fand eine eigene, neue Untersuchungsmethode. Er holt die Bodenproben nicht aus Bohrungen, wie Schmitz, sondern nimmt vermischten Oberflächen-Boden von der Baggerschaufel. Er untersucht nicht den Boden selbst, sondern schüttelt ihn 24 Stunden in destilliertem Wasser und untersucht dann das Wasser. Nur was sich darin gelöst hat, erscheint im Untersuchungsergebnis. In der Natur gibt es aber kein destilliertes Wasser und im Boden sind viele Stoffe wirksam. Der TÜV kann auch schon nach 6 Proben sagen, was mit dem Gelände los ist. Schmitz braucht dazu 300.

Am 4.2. waren Mülheimer Bürger beim Regierungspräsident Antwerpes und übergaben ihm Bodenproben von einer Stelle, an der von einem unabhängigen Institut höchste Giftwerte festgestellt worden waren. Antwerpes versprach persönlich, sie untersuchen zu lassen und die Ermittlungen selbst in die Hand zu nehmen.

10 Tage später stellt sich heraus: Antwerpes hat die Giftprobe an die Stadt Köln weitergegeben, die Stadt hat sie dem TÜV weitergegeben, der TÜV behauptet, er könnte die Probe nicht untersuchen, weil sie in einem falschen Röhrchen abgegeben worden sei.

Den TÜV findet Antwerpes 'objektiv'. Selbst ermittelt hat er gar nichts.

So begehen sie Straftaten

Am Dienstag den 29. Januar hatte der Regierungspräsident den Abtransport auf die Ville vorläufig gestoppt. Er kündigte eine Untersuchung an. Auf dem Gelände lag aber noch hochgiftiges Material, das schleunigst verschwinden mußte. Noch am selben Nachmittag erschienen Tankwagen auf dem gesperrten Gelände und pumpten das Zeug ab. Es wurde unter falschen Abfallschlüsselnummern abgefahren und illegal bei einer Privatfirma abgekippt. Antwerpes ist am 4.2. auf die Transporte hingewiesen worden. Er ist diesem Hinweis nicht nachgegangen.

Wenn zwei das Gleiche tun ...

Wenn Bürger Müller einen alten Reifen in den Wald wirft, dann wird er als Umweltsünder von der Stadt verfolgt und bestraft. Wenn bei einer Privatfirma Gift gefunden wird, dann ordnet die Stadt umfangreiche Umtersuchungen an und läßt die verseuchte Erde korrekt beseitigen.

Wenn sie zögert, dann greift Regierungspräsident Antwerpes ('das grüne Umwelttelefon') persönlich ein..

Wenn das Gift dagegen auf einem Städtischen Grundstück gefunden wird, werden Gutachter entlassen, Werte gefälscht und unterschlagen, wird illegal abgefahren und wild abgekippt.

Warum?

1978 kauften führende Politiker und Verwaltungsbeamte der Firma ARBED eine verseuchtes altes Industriegelände ab und zahlten dafür ein Schweinegeld: über 11 Millionen, das sind 110 DM pro qm. So wollten sie mit Steuermitteln den angeschlagenen ARBED-Konzern wieder flott machen. Um den Bürgern diesen Wahnsinn schmackhaft zu machen, behaupteten sie, dieses Gelände eigne sich ideal für den Wohnungsbau. Regierungspräsident Antwerpes begrüßte persönlich den Kauf und sicherte 75% Landesmittel zu.

2 Jahre später war die Finanzlage des Konzerns noch schlechter geworden, und der Kaufpreis mußte noch einmal erhöht werden, auf 19,3 Millionen. Das lief bei der Stadt auch wie geschmiert. Manche, die es wissen müssen, sagen, weil in dieser Zeit Schmiergelder geflossen sind.

Antwerpes prüfte wieder und genehmigte die Erhöhung mit der Begründung, das Gelände sei mehr wert, weil schon in drei Jahren die ersten Wohnungen stehen könnten.

Die 3 Jahre sind jetzt schon 2 Jahre vorbei und es ist immer noch nichts gebaut worden. Und wenn sich die Giftwerte bestätigen sollten, dann kannviellechnie mehr Wohnraum auf dem BÖCKING errichtet werden. Und dann wird irgendwann die Frage auftauchen, wer dafür verantwortlich ist, daß für eine Giftmülldeponie 19,3 Millionen bezahlt worden sind und warum in dem Kaufvertrag die sonst übliche Klausel fehlt, daß der Verkäufer für Altlasten haftet.

Und dann werden die Namen der Verantwortlichen genannt werden. Und das sind u.a. Herterich, Blens, Baumann, Uhlenküken, Rossa, und eben auch Antwerpes, der zu prüfen hatte, ob alles seine Richtigkeit hat.

Und weil das so ist, werden von der Stadt Werte verfälscht und Unterschlagen, werden Gutachter entlassen, wird illegal abgefahren und wild abgekippt. Und weil das so ist, kann der Regierungspräsident nichts ermitteln, sind Proben nicht zu untersuchen, werden Mitarbeiter krank.

Deshalb findet sich auch keiner, der dafür sorgt, daß von ARBED das Geld wegen Betrug und arglistiger Täuschung zurückgefordert wird. Deshalb glauben wir auch, daß es keine städtische und keine staatliche Behörde gibt, die diesen Sausstall ausmistet.

Kammerjäger

Besonders erbärmlich schneidet dabei das sogenannte 'Umweltdezernat' ab. Da liegt das Gift tonnenweise herum und seit über einem Jahr ist das durch die Veröffentlichungen des SSK bekannt - für Herrn Göb kein Grund zum Eingreifen. Jetzt, wo die Werte ohnehin bekannt werden, tritt er vor die Presse und kommt mit monatealten Ergebnissen. Und auch die illegalen Tankwagen werden für diesen 'Umweltschützer', der eher ein Kammerjäger ist, erst dann Gegenstand einer schonungslos-offenen Pressekonferenz sein, wenn die notariell beglaubigten Namen und Fotos auf den Schreibtischen der Redakteure liegen und die Gefahr droht, daß die eine oder andere Redaktion das mit Stadtanzeiger und Rundschau fest verabredete Schweigen bricht.

unsere Informationen haben sich bestätigt-

Auf einer Pressekonferenz am 5. März wurde von der Stadtverwaltung angedeutet, daß sie selbst die Wohnbebauung des Böcking-Geländes in Frage stellt.

Wir werden Sie weiter informieren!

Düsseldorfer-
str. 74
tel.
625052



DIE GRÜNEN
KÖLN - MÜLHEIM



Rainer Kippe, SSK-Düsseldorfer Str. 74